



Niederschrift

über die Sitzung

des Rechnungsprüfungsausschusses

am 28.02.2018

Anwesend

- Verwaltung

Huber, Peter
Kandel, Reiner
Klomfaß, Ralf
Appel, Aline
Vogel, Andreas Paul

- Mitglieder

Behringer, Andreas
Binz, Katharina
Huck, Brian Dr.
Lossen-Geißler, Eleonore Dr.
Odenweller, Anette
Tress, Peter Dr.

- Mitglieder (nicht Ratsmitglieder)

Bennemann, Gerd
Nierhoff, David
Steinke, Karsten Dr.

- Schriftführung

Schneider, Ellen

- Vertreter/innen

Christine Pohl
Uta Schmitt

Entschuldigt fehlen

- Vorsitz

Schönig, Hannsgeorg

- Mitglieder

Baglan, Baris
Strutz, Harald

- Mitglieder (nicht Ratsmitglieder)

Holle, Ludwig
Meyer, Horst

Tagessordnung

a) öffentlich

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Schlussbericht 2017 des Revisionsamtes.
3. Fragen des Rechnungsprüfungsausschusses zum Jahresabschluss 2016
4. Eigene Prüfung des Rechnungsprüfungsausschusses
5. Verschiedenes

öffentlich

Punkt 1 Eröffnung und Begrüßung

Frau Katharina Binz begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 16.30 Uhr. Sie stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben war. Einwendungen gegen die Tagesordnung wurden nicht geltend gemacht.

Auf Nachfrage der Vorsitzenden gab es keine Einwände gegen die Niederschrift vom 31.05.2017. Die Niederschrift wurde einstimmig genehmigt.

Sodann erfolgte der Eintritt in die Tagesordnung.

Punkt 2 Schlussbericht 2017 des Revisionsamtes. Vorlage: 0273/2018

Herr Huber berichtete, dass im Schlussbericht 2017 der **Prüfbericht Forderungen** und der **Prüfbericht Derivate** besonders hervorzuheben sind. Der Bereich Forderungen war aufgrund seiner grundsätzlichen Bedeutung sowie des Umfangs besonders erwähnenswert. Das Thema Derivatgeschäfte war aufgrund seiner Aktualität (Untreue-Verfahren wegen hochriskanter Zinswetten) Gegenstand einer Prüfung. Einzige Feststellung war die fehlende Konnexität. Hier wird zukünftig auf Einzelzuordnungen von Kredit- und Derivatgeschäft abgestellt.

Frau Binz ging die einzelnen Seiten des Schlussberichtes durch. Auf Seite 5/6 des Schlussberichtes hatte Herr Dr. Tress eine Frage zur Überwachung der Zahlungsabwicklung bzgl. der festgestellten Differenz.

Herr Huber erklärte hierzu, dass diese Differenz im Jahresabschluss 2017 bereinigt werden muss. Dies soll in der Sitzung im Mai 2018 beim Jahresabschluss 2017 thematisiert werden.

Herr Vogel ergänzte, dass vom Amt 20 neben dem normalen Tagesgeschäft auch das Kassengeschäft für den Zweckverband Lennebergwald mitbearbeitet wurde. Hier kann es vorkommen, dass es unterjährig zu Verschiebungen kommt. Diese wurden mit dem Jahresabschluss 2017 bereinigt. Hierzu wäre noch zu sagen, dass das Kassengeschäft Zweckverband Lennebergwald seit 2017 komplett eigenständig geworden sei.

Auf eine Anfrage von Herrn Dr. Huck erklärte Herr Vogel, dass es sich nur um Verrechnungsbuchungen handelt und diese im Soll und Haben ausgeglichen sind.

Herr Dr. Steinke fragte nach dem Kassenbestand der KDZ in Höhe von 1 Million EURO.

Herr Dr. Tress möchte diese Frage detaillierter im Werkausschuss KDZ besprechen.

Herr Dr. Steinke fragte nach Standards bzw. grundsätzlichen Strategien bei Programmabnahmen.

Herr Huber erörterte, dass es derzeit keine klassischen Strategien gebe. Bei der Prüfung von Testfällen ist die Revision mit involviert. Wie berichtet, wird eine Arbeitsgruppe hierzu Standards erarbeiten.

Bei Seite 8 griff Herr Dr. Huck eine für ihn interessante Fußnote hinsichtlich der Frage effektiver Beitreibung und Gerechtigkeitsempfinden auf. Konkret fragte er, wieviel Geld der Stadt Mainz entgehe, weil Parkverstöße bereits nicht umfassend erfasst würden (er zitierte ein aktuelles Beispiel mit nur zwei verfügbaren Ordnungskräften an jenem Tage).

Herr Huber teilte mit, dass es schwierig sei, diese Frage konkret zu beantworten. Begründet ist dies zum einen mit dem teilweise hohen Krankenstand und dem hohen Anteil unbesetzter Stellen sowie mit der Parkmoral der Bürgerinnen/Bürger.

Herr Klomfaß fügte an, dass Bußgelder nicht der Einnahmeerzielung dienen, sondern ein Sanktionsmittel darstellen. Dabei wies er ferner am Beispiel des Parkraumkonzeptes der Stadt Regensburg darauf hin, dass möglicherweise gerade im Innenstadtbereich eine Sanktionierung gerade für kürzere Parkzeiten, die insbesondere Besuche des dortigen Einzelhandels beflügeln könnten, nicht immer vorzugswürdig sein müsse.

Herr Dr. Steinke stellte eine weitere Frage zu den Forderungseinbuchungen gegen die Stadt selbst als Schuldnerin. Kritisch wollte er wissen: Wenn Forderungen gegenüber der Stadt eingebucht wurden, führt dies bereits zur Verlängerung der Aktivseite der Bilanz. Dies wäre eine gute Möglichkeit, einen Jahresgewinn zu produzieren, denn die Gegenbuchung müsse ja wohl eine Ertragsbuchung darstellen. Er wollte insofern wissen, ob es zugehörige Ausgleichsbuchungen auf der Passivseite der Bilanz gebe und ob insbesondere diese Buchungen "in das Eigenkapital gelaufen wären".

Herr Vogel antwortet: Ja, es gibt zugehörige Passivbuchungen (bei den jeweils anderen Ämtern). Die Ertragsbuchungen laufen letztendlich in die Ergebnisrechnung.

Herr Behringer berichtete, dass in der Vergangenheit Forderungen gegenüber Steuerzahlern in zweistelliger Millionensumme ausgebucht werden mussten. Er wollte wissen, ob zu erwarten ist, dass wiederum Forderungen für die letzten 10 bis 20 Jahre ausgebucht werden müssen? Ebenso wird die Frage gestellt, wenn Forderungsverzug besteht, ob evtl. Strafzahlungen incl. Zinsen erhoben werden.

Herr Huber erläuterte, dass Verzugszinsen gesetzlich geregelt sind. Dass Forderungen auch zukünftig ausgebucht werden müssen, lässt sich nicht ausschließen.

Herr Klomfaß weist darauf hin, dass fast ausschließlich Insolvenzfälle zu der hohen Ausfallsumme geführt haben. Diese Insolvenzfälle wurden fast ausschließlich vom Amtsgericht festgestellt. In dieser Summe werden Forderungsausfälle nicht mehr erwartet.

Herr Vogel berichtet, dass den im Jahresabschluss 2017 ausgebuchten 11 Millionen EURO einer Ertragsbuchung aus bereits durchgeführten Pauschalwertberichtigungen gegenüber steht. Die ausgebuchten Forderungen waren zuvor mit 0 EURO bewertet.

Herr Klomfaß stellte dazu klar, dass zu Abgaben kraft Gesetz ein Säumniszuschlag von einem Prozent pro Monat aufläuft, es mithin – so betrachtet - zu einer Verzinsung von letztlich 12% pro Jahr kommt – was gar über die von Herrn Behringer erfragte Druckwirkung hinausreicht.

Herr Dr. Steinke stellte eine Frage, bzgl. des Jahresabschlusses beim Zweckverband Layenhof/Münchwald. Statt eines geplanten Überschusses von 50.000 EURO schloss die Ergebnisrechnung mit einem Fehlbetrag von über 1 Million EURO ab.

Herr Huber antwortet, dass dies eine Falschbuchung war und diese korrigiert wurde. Aus der Sicht der Revision war diese eine einmalige Sache, die sich nicht wiederholen wird.

Herr Dr. Tress fragte nach den Feststellungen zur Prüfung der Derivatgeschäfte.

Herr Huber erläutert, dass die Verwaltungsvorschrift eine Einzelzuordnung fordert. Diese lag bei der Stadt Mainz zur Prüfung nicht vor. Die zeitliche und inhaltliche Konnexität hinsichtlich Währung, Betrag und Laufzeit war jedoch gegeben. Zukünftig wird jedoch eine Einzelzuordnung vorgenommen.

Punkt 3 **Fragen des Rechnungsprüfungsausschusses zum Jahresabschluss 2016**

Bei der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses zum Jahresabschluss 2016 wurden verschiedene Stellungnahmen der Verwaltung erbeten. Die Stellungnahmen wurden in Session eingestellt. Hierzu gab es keine weiteren Fragen.

Die Stellungnahmen wurden nochmals verteilt.

Herr Dr. Steinke führte aus, dass nur Ratsmitglieder auf Session Zugriff haben. Herr Huber sagte daraufhin zu, zukünftig Unterlagen auf dem Postweg zu versenden.

Punkt 4 **Eigene Prüfung des Rechnungsprüfungsausschusses**

Frau Binz fragt, ob es weitere Vorschläge und/oder Anregungen gibt. Hierauf erfolgt keine Wortmeldung.

Punkt 5 **Verschiedenes**

Frau Binz weist darauf hin, dass die nächste Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 17. Mai 2018 stattfindet mit dem Thema: Jahresabschluss 2017.

Herr Huber erteilt eine Information über die Veranstaltung "Intensiv-Seminar für Mitglieder von Rechnungsprüfungsausschüssen".

Ende der Sitzung: 17:05 Uhr

gez. Binz

.....
Katharina Binz
(Vorsitz)

gez. Schneider

.....
Ellen Schneider
(Schriftführung)